

vom 22. Dezember 1952 führte dazu, daß die Autorität der Bezirks- und Kreisrevisionskommissionen vor den Leitungen der Partei nicht schnell genug gehoben und, wie es in den Thesen zum Entwurf des neuen Statuts heißt, die Tätigkeit der gewählten Revisionskommissionen unterschätzt wurde.

Ein weiterer Mangel liegt darin, daß ein Teil der Mitglieder der Revisionskommissionen mit Funktionen überlastet ist und trotz der Hinweise der Zentralen Revisionskommission durch ihre Leitungen von der Vielzahl der Funktionen nicht entbunden wurde. So hatte zum Beispiel Genosse Reich, der Mitglied der Kreisrevisionskommission Schmalkalden ist, noch weitere acht ehrenamtliche Funktionen. Das führte dazu, daß die kollektive Arbeit der Kommissionen nicht gesichert wurde.

Darüber hinaus war die Arbeit einiger Revisionskommissionen das Spiegelbild schlechter Kaderauswahl. Das zeigt sich darin, daß einerseits einige Genossen, und zuweilen einige Vorsitzende der Revisionskommissionen, ihren Pflichten als gewählte Mitglieder der Revisionskommissionen nicht nachgekommen sind.

Ich komme jetzt zu der praktischen Arbeit der Zentralen Revisionskommission auf der Grundlage der im Dezember 1952 beschlossenen Richtlinien.

An erster Stelle des Beschlusses des Sekretariats des Zentralkomitees vom 22. Dezember 1952 stehen Fragen der Beitragszahlung. Grundsätzlich ist festzustellen, daß in der Berichtsperiode auf dem Gebiete der Beitragszahlung wesentliche Erfolge zu verzeichnen sind. Sowohl durch die Festigung der Parteidisziplin und -Verbundenheit der Mitglieder und Kandidaten als auch durch die Erhöhung der Löhne in der Deutschen Demokratischen Republik ist das Beitragsaufkommen gestiegen. Die Arbeit der Finanzabteilungen der Bezirksleitungen ist politisch und fachlich auf eine höhere Ebene geführt worden, ebenso die Arbeit der Kasseninstrukteure in den Kreisen.

In einigen Bezirksleitungen, wie zum Beispiel Schwerin, Rostock, Magdeburg und Cottbus, liegt die monatliche Durchschnittskassierung bei 96 bis nahezu 100 Prozent. Immer mehr Grundorganisationen kassieren die monatlichen Beiträge hundertprozentig. Nach dem 15. und 16. Plenum des Zentralkomitees — besonders nach den Berichtswahlversammlungen — gab es nahezu in allen Grundorgani-